

Sozialismus.de

Heft 6-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Katharina Grabietz/Kerstin Klein: #FAIRWANDEL

F. Astleithner/J. Flecker: Gewerkschaften in Österreich

Beiträge u.a. von

Katrin Lompscher, Raul Zelik, Thomas Jaitner, Klaus Bullan, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Kai Mosebach, Stephan Krüger, Fritz Fiehler

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelles immer auf der Website – ohne Paywall!

Die Redaktion veröffentlicht eigene aktuelle Bewertungen politisch-ökonomischer Ereignisse sowie Beiträge von weiteren Autor*innen zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.Sozialismus.de

Zum Beispiel zum EuGH-Urteil zur Arbeitszeiterfassung:

Das Gespenst Stechuhr

Bei ihrem erneuten Angriff auf den Acht-Stunden-Tag und das Arbeitszeitgesetz haben die Wirtschaftsverbände Gegenwind von den Richtern des Europäischen Gerichtshofs bekommen. ...

oder zur »Causa Strache«:

Entlarvung der rechten Saubermänner

Ein heimlich aufgenommenes Video bedeutet das Ende der schwarz-blauen Regierung und eine Staatskrise in Österreich. ...

oder zur Zuspitzung am Golf:

Niemand hat die Absicht, einen Krieg zu beginnen

Die Lage am Golf spitzt sich weiter zu, auch wenn die US-Regierung betont, dass sie keinen Krieg gegen Iran wolle, und der iranische Revolutionsführer Ali Chamenei versichert, dass es keinen Krieg geben werde. ...

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent*innen und Leser*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Anti-Establishment- und EU-Kritik von rechts

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Aufstieg der »modernen Rechten« 2

Real existierende soziale Marktwirtschaft

Björn Radke:
Sozialistische Systemkritik an den Eigentumsverhältnissen 10

Redaktion Sozialismus:
Mietenwahnsinn und Alternativen 13

Der Kampf ums Wohnen – Berlin als Labor für städtische Demokratie
Interview mit Katrin Lompscher 18

Wahlen in bewegten Zeiten

Thomas Jaitner: Die Wiederauferstehung der PSOE als Chance für eine progressive Politik? Eine Auswertung der spanischen Parlamentswahlen 23

Raul Zelik:
Katalonien verhindert Rechtsruck in Spanien 28

Klaus Bullan: Wahlen in Südafrika –
ein starkes Mandat für Cyril Ramaphosa? 32

Forum Gewerkschaften

Katharina Grabietz/Kerstin Klein: #FairWandel. Für eine Industriegesellschaft, die weder Mensch noch Klima auf der Strecke lässt 36

Franz Astleithner/Jörg Flecker: Gewerkschaften in Österreich
Sozialpartnerschaft vor dem Aus? 39

Otto König/Richard Detje: Mafiöse Strukturen und Ausbeutung
in der Paketbranche eindämmen 46

Kritik & Klärung

Kai Mosebach: Kommerzialisierung wider Willen. Klarstellungen zum »großen Fremdeln« der Ökonomisierungskritiker*innen im Gesundheitswesen 49

Stephan Krüger: Wie entsteht globale Ungleichverteilung? Karl Georg Zinns
»arbeitswerttheoretische« Fundierung der »imperialen Lebensweise« 56

Fritz Fiehler: Konjunkturgeschichte & Krise. Zur Edition der Krisenhefte und Briefe von Marx und Engels über die erste Weltwirtschaftskrise von 1857 60

Nachruf

Johanna Klages (1935-2019) 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 59

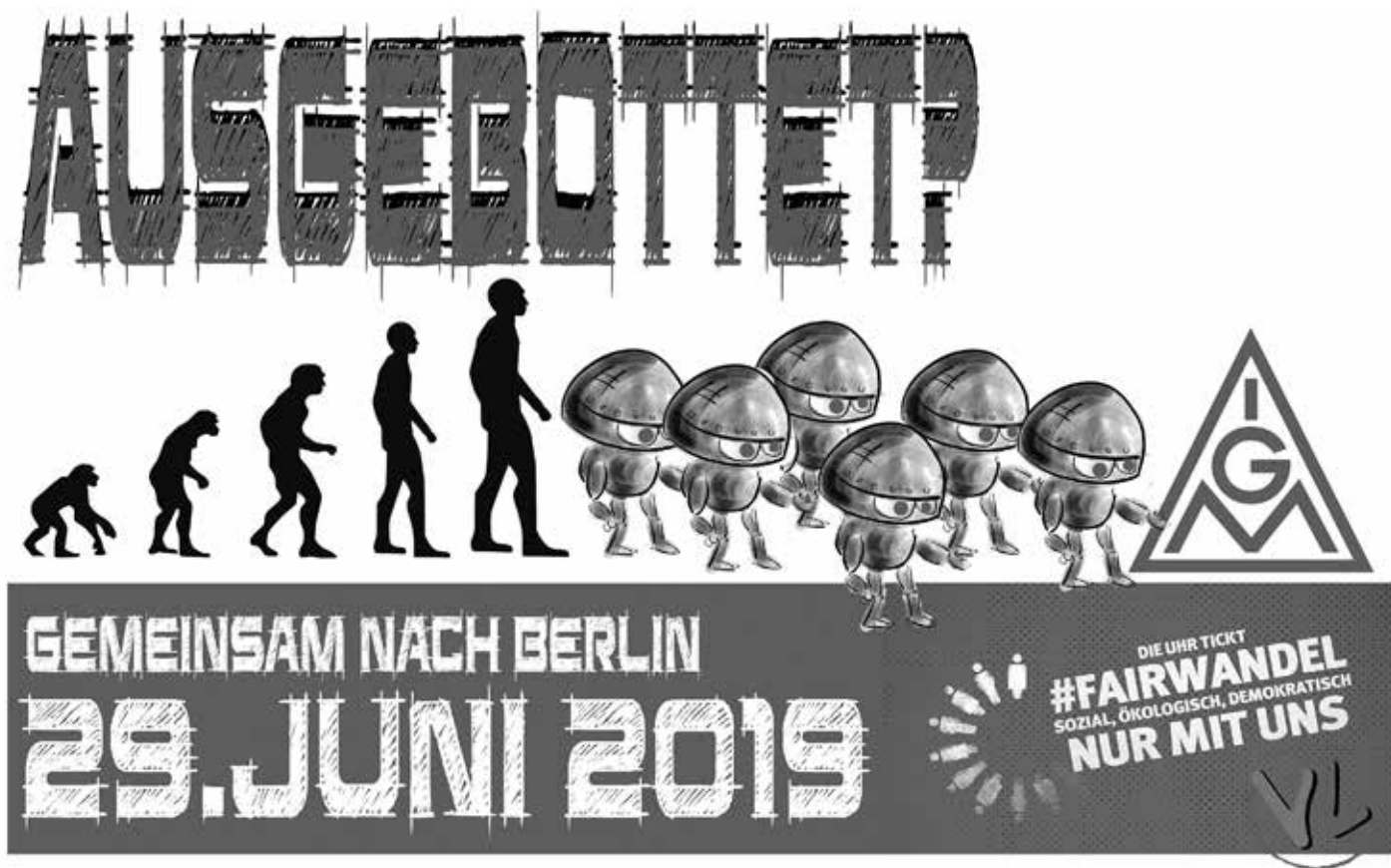
Veranstaltungen & Tipps 68

Max Lill: Knock down the house (Filmkritik) 69

#FairWandel

Für eine Industriegesellschaft, die weder Mensch noch Klima auf der Strecke lässt

von ■ Katharina Grabietz und Kerstin Klein



Plakat der IG Metall bei Volkswagen

Die IG Metall ruft am 29. Juni unter dem Titel #FairWandel zu einer Großdemonstration nach Berlin auf. Sie fordert nicht weniger als den sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau der Industriegesellschaft. Einige fragen sich, warum sie gerade jetzt mit einer so groß angelegten Kampagne in die Öffentlichkeit drängt. Ist es die Reaktion

auf die unter dem Schlagwort »Industrie 4.0« bekannten Vorstellungen der Arbeitgeberverbände, oder handelt es sich um eine Strategie zur Verteidigung der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie gegen immer straffere Emissionsvorgaben?

Wenn wir einen Blick in die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie, aber

auch ins Handwerk werfen, sehen wir: Es geht um weit mehr. Die Herausforderungen sind komplexer.

Während vor zehn Jahren peu à peu das papierlose Büro oder erste Desk-Sharing-Konzepte ausprobiert wurden, Home-Office Regelungen Einzug in die Betriebe hielten und CAD/CNC-Programmierungen als digitale Arbeits-

formen galten, befinden wir uns nun in einer Phase, in der die technischen Möglichkeiten exponentiell zunehmen und genutzt werden.

Eine Umfrage der IG Metall NRW unter Betriebsräten in 2018 ergab, dass bereits in über 80% der befragten Betriebe neueste Techniken und Arbeitsformen Einzug gehalten haben. 3D-Drucker ersetzen mittlerweile Arbeitsplätze in Entwicklungsbereichen, Drohnen werden in der Instandhaltung eingesetzt, Anlagen errechnen anhand von Algorithmen selbständig ihre Wartungsintervalle und ersetzen zukünftig eine große Anzahl von Servicetechnikern. Den größten Umbruch erwarten wir jedoch in den administrativen und logistischen Bereichen. Nach Lean-Office kommen auch dort verstärkt Software-Programme für einfache, sich wiederholende Arbeiten zum Einsatz, und Tätigkeiten, die räumlich ungebunden sind, werden konsequent in billigere Standorte ausgelagert oder von Crowdworkern als Projektarbeiten geleistet. Selbststeuernde Logistiksysteme ersetzen zunehmend Fachkräfte und sind ebenso in der Lage, selbständig Maschinen zu bestücken. Die Daten, die dafür notwendig sind, werden größtenteils von den Beschäftigten selbst eingespeist, dadurch entsteht bei ihnen das makabre Gefühl, sich selbst wegzurationalisieren.

Wer daraus jedoch den Schluss zieht, die Kolleg*innen, die am 29. Juni in Berlin auf die Straße gehen werden, tun dies allein motiviert durch einen engstirnigen Blick auf den Erhalt ihrer Arbeitsplätze (»Hauptsache Arbeit, koste es, was es wolle«), legt eine zu einfache und zynische Denkweise an den Tag.

Das Spannungsverhältnis zwischen kapitalistischer Produktionsweise und Umweltzerstörung wird in all seiner Komplexität in der Lebenswirklichkeit der Kolleg*innen deutlich. Sie sind nicht lediglich Beschäftigte einer klimaschädlichen Industrie, sie leben ebenso in Städten ohne saubere Luft und haben Kinder, die an Freitagen für ihr Recht, diese Erde auch in Zukunft bewohnen zu können, auf die Straße gehen. In der aktuellen Diskussion um die Dekarbonisierung unserer Industrie sind sie doppelt betroffen: durch drohende Arbeits-

platzverluste und die Zerstörung ihrer Umwelt. Dieses Spannungsverhältnis wird selten thematisiert, ebenso wenig wie der gesellschaftliche Anerkennungsverlust, den die Kolleg*innen erfahren. Jahrzehntlang als Beschäftigte im deutschen Branchenprimus tätig, dem überall anerkannten und geschätzten Motor gesellschaftlichen Wohlstandes, werden sie nun als Klimaverbrecher für die kriminellen Taten und die konservative Investitionspolitik von Unternehmensleitungen mitverhaftet.

Hinzu kommt das Gefühl, mit dieser Betroffenheit und Ambivalenz allein gelassen zu werden. Die Schlagworte der Industrie 4.0, der Automatisierung und vom Ende des Verbrenners geistern wie Schreckensgespenster seit Jahren durch die Medien. Die Politik reagiert darauf ebenso seit Jahren weitestgehend mit der Deregulierung der Arbeitsmärkte und dem Abbau sozialer Sicherung. Was passiert, wenn Beschäftigungssicherung keinen Raum im politischen Diskurs hat, kann man an den (kläglich gescheiterten) Anbieterungsversuchen der AfD am Opel-Standort Rüsselsheim im letzten Jahr, oder der populistisch-opportunen Nutzung des Dieselskandals durch diese sehen. Auch die Bundeswehr nutzte mit einem besonders geschmacklosen Werbeauftritt vor den Ford-Werken in Köln die Verunsicherung der Beschäftigten. Nachdem verkündet wurde, dass bundesweit 5.000 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, plakatierte sie auf einer Tafel: »Job Fort? – Mach, was wirklich zählt!« Eine Verhöhnung und Abwertung ihrer bisherigen Tätigkeiten. Soll der Wandel zu einer zukunftsfähigen Industriegesellschaft gelingen, muss den Beschäftigten eine konzeptionell gestaltete Zukunftsperspektive geboten werden. Das Ignorieren der Ängste und Verunsicherungen hingegen bietet rechtem Populismus Auftrieb und schwächt das Vertrauen in unsere Demokratie.

Die Diskussion um die Transformation und Dekarbonisierung der Industrie ist mit grundsätzlichen Fragen darüber, wie wir leben, produzieren und wirtschaften wollen verbunden. Der Einfluss der industriellen Produktionssphäre auf die Umwelt beschränkt sich nicht auf den Betrieb oder die Branche – er umfasst das gesamte Ökosystem.

Und er liegt in unserer kapitalistischen Produktionsweise begründet, in der der Profit über Mensch und Umwelt steht. Es ist daher gerade auch aus demokratietheoretischer Sicht mehr als legitim und geboten, die Rahmenbedingungen der Transformation nicht den Unternehmen zu überlassen, sondern sie zum Aushandlungsprozess eines demokratischen Diskurses zu machen, der auf betriebs-, tarif- und gesellschaftspolitischer Ebene stattfindet. Dieser Diskurs muss explizit kapitalismuskritischer Natur sein, wenn er nicht bloß Symptombekämpfung als Ziel, sondern die Beseitigung der systemischen Ursachen von Arbeitsplatzverlusten und Umweltzerstörung im Blick haben soll.

Aus gewerkschaftlicher Sicht darf der Rationalisierungsdruck in diesem Diskurs nicht zu einer Haltung verführen, jede Arbeit um jeden Preis verteidigen zu wollen. Die Veränderungen der Arbeitswelt zeichnen sich als so tiefgreifend und umfassend ab, dass sie die Möglichkeit bieten, ebenso tiefgreifend und umfassend über eine neue Arbeitspolitik nachzudenken, die dem Rationalisierungsgewand, in dem die Transformation bislang daherkommt, die Perspektive einer Humanisierung der Arbeitswelt entgegengesetzt. Dies ist unumgänglich, da die Transformation nicht nur neue Unsicherheiten aufwirft, sondern auch bereits bestehende Probleme, wie die immer weiter zunehmende Leistungsverdichtung, weiter potenziert. Zwar kommt es in vielen Betrieben durch den Einsatz neuer Technologien zumindest teilweise zu Entlastungen bei körperlicher Arbeit, die psychischen Belastungen im Gegenzug steigen jedoch. Auch durch die Blockadehaltung der Arbeitgeberverbände, denn trotz der GDA-Leitlinie, die inzwischen ein Mindestmaß für die Beurteilungsmaßstäbe psychischer Belastungen innerhalb der Gefährdungsbeurteilung setzt, gibt es immer noch keine Anti-Stress-Verordnung und weiterhin viel zu wenig staat-

Katharina Grabietz ist Gewerkschaftssekretärin in der Vorstandsverwaltung der IG Metall.
Kerstin Klein ist politische Sekretärin in der IG Metall Geschäftsstelle Köln-Leverkusen.

liche Kontrollen, um bei Verstößen auch angemessen zu sanktionieren. Betriebsräte, die hier versuchen entgegenzuwirken, landen meist in jahrelangen Einigungsstellenverfahren.

Um die Perspektive der Humanisierung der Arbeitswelt Wirklichkeit werden zu lassen, brauchen wir eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung. Bisher muss der Einsatz neuer Technologien sehr umfassend sein, um nach dem Betriebsverfassungsgesetz überhaupt unter eine mitbestimmungspflichtige Betriebsänderung zu fallen. Nötig sind zusätzliche Mitbestimmungsrechte bei der zukünftigen Gestaltung der Arbeitsplätze (harte Mitbestimmung bereits in der Planung), bei der Personalplanung (Anzahl, Ausbildung, Leistungspensum), vor allem aber auch bei »externen Arbeitnehmern« (Leiharbeitsbeschäftigte, Werkvertragsbeschäftigte, Subunternehmer, Crowdworker etc.) sowie bei Qualifikationsansprüchen (Freistellungszeiten, Arbeitstandems usw.).

Betriebspolitisch allein wird der Wandel jedoch nicht zu bewältigen sein. Die IG Metall ist willens, Zukunftsvereinbarungen tarifpolitisch umzusetzen. Dies setzt jedoch den Handlungswillen und auch die Kompetenz der Arbeitgeber voraus. Verbandsflucht und Globalisierung machen es zunehmend schwieriger, Vereinbarungen mit hierfür legitimierten Verhandlungspartnern zu treffen. Die meisten Unternehmenszentralen liegen inzwischen außerhalb Deutschlands. Strategien werden dort nicht von mittel- oder langfristigen Visionen abgeleitet, sondern oftmals von Ratingagenturen und Aktienmärkten vordiktieren. Und dort, wo es kein langfristiges Agieren, sondern nur ein kurzfristiges Reagieren auf das Finanzmarktgeschehen gibt, rücken nachhaltige Planungen in weite Ferne.

In diesen global agierenden Unternehmen wird die Transformation die ohnehin schon bestehende Standortkonkurrenz weiter verschärfen. Dabei geht es längst nicht mehr allein um Lohndumping. Dort, wo wir durch unsere Mitbestimmungsrechte berech-

Mehrere Beiträge im Jahrbuch Gute Arbeit (Ausgabe 2019) mit dem Schwerpunkt »Transformation der Arbeit – Ein Blick zurück nach vorn« befassen sich mit den aktuellen Umbruchprozessen:

- Jörg Hofmann: Die Transformation der Industriearbeit
- Frank Bsirske: Transformation der Dienstleistungsarbeit – Leitbild Gute Dienstleistungen und Gute Arbeit
- Hans-Jürgen Urban: Gute Arbeit und Demokratie – Zwei Seiten einer arbeitspolitischen Medaille
- Ulrike Jakob: Automobilindustrie im Umbruch – Betriebsrat und IG Metall kämpfen für Gute Arbeit
- Klaus Pickshaus/Maximilian Waclawczyk: Arbeit und Ökologie in der Transformationsperspektive (im Internet: http://klaus-pickshaus.de/wp-content/uploads/2018/10/pickshaus_waclawczyk_JB2019.pdf)

Das Jahrbuch Gute Arbeit 2019 ist im Bund-Verlag erschienen: www.bund-verlag.de/shop/gute-arbeit-ausgabe-2019.html

IG Metall- und ver.di-Mitglieder können über ihre Organisationen das Jahrbuch zum ermäßigten Preis von 8,60 € erwerben.

tigterweise den Arbeitgebern »Knüppel zwischen die Beine werfen« können, weil beispielsweise Arbeits- oder Datenschutzbestimmungen nicht genügen, findet sich irgendwo anders auf der Welt ein Standort, der als Laboratorium für schlechte Arbeitsgestaltung genutzt werden kann. Als jüngstes Beispiel sei hierfür nur das auch als »Sklavengesetz« oder »Lex Audi/Mercedes/BMW« bekannt gewordene neue ungarische Arbeitszeitgesetz genannt, nach dem 400 Überstunden im Jahr möglich sind. Nutznießer sind deutsche Autobauer, denen Investitionsentscheidungen so leicht gemacht werden. Entscheidungen, die sich kohärent in die Logik eines global agierenden Kapitalismus einfügen, in dem nur Profite zählen.

All dies macht deutlich, dass die betriebliche und tarifpolitische Gestaltung der Transformation auch auf gesellschaftspolitischer Ebene zu flankieren ist. Wir brauchen eine Industrie-, Struktur- und Investitionspolitik, die die Rahmenbedingungen für ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften mit guten Arbeitsplätzen schafft. Wenn Qualifikationen in Zukunft immer schneller obsolet werden, muss Weiterbildung verstärkt in den Blick genommen werden. Das Qualifizierungschancengesetz kann dazu ein erster Schritt sein. Die IG Metall hat mit ihrer Forderung nach einem Transformations-Kurzarbeitergeld einen umfassenden Vorschlag in die arbeitsmarktpolitische Debatte eingebracht. Mit sozialstaatlichen Maßnahmen muss die Transformation begleitet

werden. Dazu gehören flexible Übergänge in die Rente statt immer höher werdende Regelaltersgrenzen, die schon heute für viele Kolleg*innen nicht erreichbar sind und durch die Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt de facto als Rentenkürzung wirken. Eine Absicherung bei Arbeitslosigkeit, die lebenslange Leistung stärker honoriert, ist ebenso nötig wie eine Abkehr vom Hartz IV-System, das Arbeitslose entmündigt und drangsaliert. Gefordert ist eine Grundsicherung, die sanktionsfrei ist und eine eigenständige Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Um diesen Forderungen Gehör zu verschaffen, werden Gewerkschafter*innen aus der gesamten Republik in Berlin für eine demokratische, soziale und ökologische Transformation auf die Straße gehen. Für eine Zukunft, die gute Arbeit mit ökologischem Wirtschaften verbindet. Sie werden dies gemeinsam mit Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen tun. Denn für sie ist klar, dass es um nicht weniger geht als um die Frage, wie die Industriegesellschaft in Zukunft aussehen soll. Der 29. Juni wird ein Ausdruck gewerkschaftlicher Gegenmacht für eine Position sein, die die Klimaschutzziele nicht bloß als Lippenbekenntnis erachtet, sondern ihre Umsetzung offensiv einfordert – mit einem nachhaltigen sozialen und demokratischen Konzept, das weder Menschen noch die Umwelt auf der Strecke lässt.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de